

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 19. Februar 1992
am Donnerstag, dem 20. Februar 1992

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter, Robert (SPD)	43, 44	Dr. Kübler, Klaus (SPD)	52, 67
Bartsch, Holger (SPD)	8, 9	Kuhlwein, Eckart (SPD)	41, 42
Beucher, Friedhelm Julius (SPD)	5, 6	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	1, 62
Bindig, Rudolf (SPD)	70, 71	Dr. Mahlo, Dietrich (CDU/CSU)	56, 57
Böhm, Wilfried (Melsungen) (CDU/CSU)	69, 78	Mehl, Ulrike (SPD)	7
Dr. Böhmer, Maria (CDU/CSU)	48, 49	Ostertag, Adolf (SPD)	23, 24
Brunnhuber, Georg (CDU/CSU)	60, 61	Dr. Otto, Helga (SPD)	10, 11
Duve, Freimut (SPD)	74, 75	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	76, 77
Eichhorn, Maria (CDU/CSU)	12, 13	Poppe, Gerd (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	72, 73
Erler, Gernot (SPD)	25, 26	von Renesse, Margot (SPD)	18, 63
Dr. Fischer, Ursula (PDS/Linke Liste)	64, 65	Scharrenbroich, Heribert (CDU/CSU)	27, 28
Fuhrmann, Arne (SPD)	31, 32	Schwalbe, Clemens (CDU/CSU)	66
Hampel, Manfred (SPD)	55	Sorge, Wieland (SPD)	14, 15
Harries, Klaus (CDU/CSU)	45, 46	Steen, Antje-Marie (SPD)	39, 40
Jäger, Claus (CDU/CSU)	47	Stiegler, Ludwig (SPD)	2, 3
Jäger, Renate (SPD)	53, 54	Tappe, Joachim (SPD)	21, 22
Jungmann, Horst (Wittmoldt) (SPD)	16, 17	Verheugen, Günter (SPD)	30, 68
Kastner, Susanne (SPD)	33, 50	Wallow, Hans (SPD)	29, 58
Kirschner, Klaus (SPD)	36, 37	Weis, Reinhard (Stendal) (SPD)	51
Dr. Knaape, Hans-Hinrich (SPD)	34, 35	Wiefelspütz, Dieter (SPD)	79
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	4	Zapf, Uta (SPD)	19, 20
Kubatschka, Horst (SPD)	38, 59		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	16

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- | | |
|---|--|
| 1. Abgeordneter
Ortwin
Lowack
(fraktionslos) | Inwieweit hat die Bundesregierung dazu beigetragen, Verbrechen an den Deutschen in der Zeit der Vertreibung, vor allem auch nach dem Kriegsende durch Polen und Tschechen, aufzuklären und zu dokumentieren? |
|---|--|

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- | | |
|---|--|
| 2. Abgeordneter
Ludwig
Stiegler
(SPD) | Mit welchem Ergebnis wurden die Verhandlungen über das Grenzabfertigungsabkommen mit der Tschechoslowakei abgeschlossen, und bis wann ist mit einer wesentlichen Verbesserung der Grenzabfertigung zu rechnen? |
| 3. Abgeordneter
Ludwig
Stiegler
(SPD) | Verfügt die Bundesregierung über Erfahrungsberichte mit der Grenzgängerregelung an der Grenze zur CSFR, und sind in nächster Zeit Initiativen zur Bekämpfung von Mißbräuchen zu erwarten? |
| 4. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Erleichterung und Beschleunigung des grenzüberschreitenden Verkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der CSFR bzw. der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen für den Transport von Frischwaren und leichtverderblichen Gütern, und werden bei diesen Planungen auch Überlegungen wie die Ermöglichung einer Sonderabfertigung, einer Sonderverzollung oder die Errichtung von Sonderübergängen für Frischwarentransporte einbezogen? |
| 5. Abgeordneter
Friedhelm Julius
Beucher
(SPD) | Welche Mitarbeiter der Nomenklatur des Sekretariats des ZK der SED waren von Beginn der Treuhandanstalt direkt oder indirekt für die Treuhandanstalt tätig? |
| 6. Abgeordneter
Friedhelm Julius
Beucher
(SPD) | Wer ist heute noch als Mitarbeiter oder Berater oder Spezialist für die Treuhandanstalt tätig und war zu DDR-Zeiten Nomenklatur des Sekretariats des ZK der SED oder Nomenklatur des Politbüros? |

- | | |
|---|--|
| 7. Abgeordnete
Ulrike
Mehl
(SPD) | Wie steht die Bundesregierung zu der Frage einer Gemeinde, durch Naturschutzrecht geschützte bundeseigene Flächen kostenlos den betroffenen Gemeinden zum Zwecke einer naturschutzorientierten Pflege zu übereignen? |
| 8. Abgeordneter
Holger
Bartsch
(SPD) | Trifft es zu, daß die Bundesregierung die Möglichkeit prüft, entsprechend dem Vorschlag ostdeutscher CDU-Abgeordneter eine bestimmte Anzahl strukturbestimmender Industriebetriebe, die sich z. Z. nicht privatisieren lassen, zeitweilig als Staatsholding oder mit anderen Formen der Beteiligung der öffentlichen Hand zu betreiben mit dem Ziel, sie nach erfolgreicher Sanierung über die Börse schrittweise zu privatisieren, und wenn ja, an welche Industriebereiche und Regionen ist dabei gedacht? |
| 9. Abgeordneter
Holger
Bartsch
(SPD) | Wie sollte nach Meinung der Bundesregierung die Finanzierung für ein solches Modell erfolgen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|---|--|
| 10. Abgeordnete
Dr. Helga
Otto
(SPD) | Treffen Presseberichte zu, wonach die Nachfrage nach Teilzeitstellen derzeit bei über 200 000 liegt, und wenn ja, sind in diesem Personenkreis bereits diejenigen arbeitssuchenden Frauen und Männer eingerechnet, die sich derzeit in Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen bzw. in Kurzarbeit Null bzw. in der Warteschleife befinden? |
| 11. Abgeordnete
Dr. Helga
Otto
(SPD) | Hält es die Bundesregierung zur Schaffung von vermehrten Teilzeitarbeitsstellen für sinnvoll, bei jeder freiwerdenden Ganztagsstelle bei Bundesbehörden zu prüfen, ob diese Stellen auch so eingerichtet werden können, daß jeweils zwei Teilzeitkräfte sich diese teilen, und falls nein, wie will die Bundesregierung die Ankündigung von Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch, sonst umsetzen, um mehr Teilzeitarbeitsplätze – auch im öffentlichen Bereich – zu schaffen? |

12. Abgeordnete
Maria Eichhorn
(CDU/CSU)
- Worin sieht die Bundesregierung die Vor- und Nachteile einer allgemeinen Sozialversicherungspflicht, auch für die sogenannten geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in bezug auf Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung für die Betroffenen und aus der Sicht der Sozialversicherungsträger, und wie hoch schätzt sie den Ausfall der Sozialversicherungsbeiträge durch die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse?
13. Abgeordnete
Maria Eichhorn
(CDU/CSU)
- Gibt es gesicherte Zahlen über die Anzahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und die Zusammensetzung des Personenkreises geringfügig beschäftigter Arbeitnehmer, beispielsweise der Anteil der Männer und Frauen, Alleinerziehenden, Rentner, Schüler/Studenten, Hausfrauen?
14. Abgeordneter
Wieland Sorge
(SPD)
- Da die Beschäftigten des ehemaligen VEB Carl Zeiss Jena, Jenaer Glaswerke und Jenapharm bekanntlich einen Renten- und Pensionsanspruch im vollen Umfang ihres Gehaltes erhielten und daher kaum Anlaß hatten, in die Freiwillige Zusatzrentenversicherung (FZR) einzutreten, um höhere Pensionsleistungen zu erzielen – dieses Pensionsstatut wurde zum 1. Februar 1991 eingestellt, der Anspruch mit einer Abfindung abgegolten –, frage ich, ob die Bundesregierung daher dem Vorschlag zustimmt, daß die o. g. Werksangehörigen die Gelegenheit erhalten, durch eine freiwillige Nachzahlung in die FZR aus den genannten Abfindungszahlungen an die BfA diese Benachteiligung auszugleichen?
15. Abgeordneter
Wieland Sorge
(SPD)
- Ich frage die Bundesregierung, welche Gründe bisher dazu führten, daß es zu keiner Zustimmung kam, zumal doch weder dem Land noch dem Unternehmen Jenoptik oder auch der Treuhandanstalt durch diese Maßnahmen Kosten entstünden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

16. Abgeordneter
Horst Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Beschluß des DPC (Defence Planning Committee = Verteidigungsplanungsausschuß der NATO) über die gegenseitige Modernisierung und Ausrüstungshilfe, wonach aufgrund des KSE-Vertrages freiwerdendes Gerät in Randgebiete transferiert werden soll, auch angesichts der veränderten politischen Bedingungen moralisch und politisch gerechtfertigt und militärisch erforderlich ist, und wenn ja, mit welcher Begründung?

- | | |
|---|--|
| 17. Abgeordneter
Horst Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD) | Kann die Bundesregierung definitiv ausschließen, daß aufgrund dieses DPC-Beschlusses in die Türkei verbrachtes Gerät der Bundeswehr dort vertragswidrig in die Anschlußzone gebracht und z. B. zum Einsatz gegen Kurden benutzt wird? |
| 18. Abgeordnete
Margot von Renesse
(SPD) | Trifft es zu, daß bei den Kämpfen in Berg-Karabach gegen die armenische Minderheit Waffen verwendet werden, die aus Beständen der NVA bzw. des Bundesministeriums der Verteidigung stammen und an die Türkei geliefert wurden? |
| 19. Abgeordnete
Uta Zapf
(SPD) | In welchem Umfang hat die Bundesregierung vom Transfer von Waffen und Geräten gemäß KSE-Vertrag Gebrauch gemacht, oder inwieweit bestehen Planungen und Absichten dazu? |
| 20. Abgeordnete
Uta Zapf
(SPD) | An welche KSE-Länder sind derartige Waffen und Gerätemengen in welchem Umfang geliefert worden bzw. sollen noch geliefert werden? |
| 21. Abgeordneter
Joachim Tappe
(SPD) | Auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung, die in der Verfassung garantierte Wehrgerechtigkeit z. B. für den Jahrgang 1970 – mit ca. 400 000 wehrdienstfähigen jungen Männern – sicherzustellen, wenn nach Auskunft des Bundesministeriums der Verteidigung pro Jahr nur ca. 200 000 Wehrdienstfähige eingezogen werden? |
| 22. Abgeordneter
Joachim Tappe
(SPD) | Welche Anweisungen haben die Kreiswehersatzämter erhalten, auf Freistellungsanträge von Studierenden zu reagieren, die direkt nach dem Abitur einen Studienplatz erhalten und voraussichtlich das Studium nicht vor dem 25. Lebensjahr beenden werden? |
| 23. Abgeordneter
Adolf Ostertag
(SPD) | Was gedenkt die Bundesregierung angesichts des ungesetzlichen Zustandes zu tun, daß Tausende von Kriegsdienstverweigerern bis zu einem Jahr oder länger auf die Anerkennung oder Ablehnung ihres Antrags warten, obwohl die Erledigung des Verfahrens in maximal sechs Monaten gesetzlich vorgeschrieben ist, und wie beurteilt die Bundesregierung die Tätigkeit der zur Beschleunigung der Verfahren zusätzlich herangezogenen pensionierten Ausschußvorsitzenden, die in vielen Fällen nicht zum Abbau des Antragsberges beigetragen, sondern die Laufzeiten der Verfahren noch verlängert haben, da sie; anstatt in dem ihnen rechtlich zustehenden Umfang ohne Anhörung nach Aktenlage zu entscheiden, auf eine persönliche Befragung der Antragsteller immer weniger verzichten möchten? |

24. Abgeordneter
**Adolf
Ostertag**
(SPD)
- Wie viele Personen wurden in den letzten fünf Jahrgängen zur Bundeswehr eingezogen, obwohl sie einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt haben, und wie beurteilt die Bundesregierung Berichte zum Beispiel aus der Presse oder von einer wachsenden Zahl westfälischer KDV-Pfarrer, wonach eine wachsende Zahl von eingezogenen, aber noch nicht anerkannten Kriegsdienstverweigerern schikaniert wird?
25. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- In welchem Umfang, aufgeschlüsselt nach Mengen und Anwendungszwecken, kommt in der Bundeswehr und in der deutschen Rüstungsindustrie FCKW zur Anwendung?
26. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen bzw. wird sie ergreifen, um den Einsatz von FCKW bei der Bundeswehr und bei der deutschen Rüstungsindustrie einzuschränken oder gänzlich durch andere Stoffe zu ersetzen?
27. Abgeordneter
**Heribert
Scharrenbroich**
(CDU/CSU)
- Haben Berufssoldaten, die gemäß § 2 des Personalstärkegesetzes nach dem 30. März 1992 einen Antrag auf vorzeitige Zuruhesetzung stellen, die gleiche Chance auf Berücksichtigung ihres Antrages wie Berufssoldaten, die einen solchen Antrag vor dem 30. März 1992 stellen?
28. Abgeordneter
**Heribert
Scharrenbroich**
(CDU/CSU)
- Können Soldaten, die vor dem 30. März 1992 einen Antrag auf vorzeitige Zuruhesetzung stellen, von diesem unter bestimmten Umständen wieder Abstand nehmen?
29. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Was sind Art und Umfang des Einsatzes von Soldaten der Bundeswehr in Kambodscha?
30. Abgeordneter
**Günter
Verheugen**
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß der Bundesminister der Verteidigung nun doch beabsichtigt, daß entgegen der beschlossenen Standorteplanung die Standortverwaltung Bayreuth weiterbestehen soll und die Verlegung des Standortes nach Ebern nicht mehr vorgesehen ist?

31. Abgeordneter
**Arne
Fuhrmann**
(SPD)

Ist vor der am 16. Dezember 1991 nicht öffentlich bekanntgemachten Teilinbetriebnahme der Schießbahn 7 (Lopautal) auf dem Truppenübungsplatz Munster-Nord berücksichtigt worden, daß die Schießbahnen 1 bis 2 und 3 geschlossen wurden, weil ihre Schußrichtungen – genau wie die der Bahn 7 – auf die mit Arsen stark belastete Platzmitte ausgerichtet sind, und wieweit sind auf Truppenübungsplätzen Sicherungsmaßnahmen in ähnlichen Fällen getroffen worden?

32. Abgeordneter
**Arne
Fuhrmann**
(SPD)

Hat bisher eine ausreichende Prüfung stattgefunden, die darüber Aussagen macht, inwieweit das obere Lopautal zum Naturschutzgebiet erklärt werden kann, und in welcher Weise das Quellgebiet der Lopau durch den Betrieb auf der Schießbahn 7 – Munster-Nord beeinträchtigt wird, und in welcher geeigneten Form wird Wasserschutz auf Truppenübungsplätzen durchgeführt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

33. Abgeordnete
**Susanne
Kastner**
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Sachsen nach Äußerungen des Staatsministers für Umwelt und Landesentwicklung, Arnold Vaatz, seine Probleme mit der Trinkwassersanierung und Abwasserreinigung nicht aus eigener Kraft lösen kann, und wie will die Bundesregierung dem Land Sachsen und den anderen neuen Bundesländern helfen, die Gewässer- und Trinkwassersanierung möglichst schnell durchzuführen, um bis 1995 die Verpflichtungen aus der EG-Richtlinie über die Übergangsmaßnahmen für bestimmte Gemeinschaftsvorschriften über den Umweltschutz (90/656/EWG) einhalten zu können?

34. Abgeordneter
**Dr. Hans-Hinrich
Knaape**
(SPD)

War es Absicht der Bundesregierung, 1991 Bundeszuwendungen zum Aufbau sozialpädiatrischer Zentren in den neuen Bundesländern nur jenen Zentren zu überweisen, die ausschließlich unter kinderärztlicher Leitung stehen und solche auszuschließen, die unter nervenärztlicher Leitung mit der Subspezialisierung Kinderneuropsychoiatrie schon zu DDR-Zeiten sozialpädiatrisch arbeiteten, und wenn ja, warum?

35. Abgeordneter
Dr. Hans-Hinrich Knaape
(SPD)
- An welche sozialpädiatrischen Zentren in den neuen Bundesländern wurden 1991 Bundeszuwendungen in welcher Höhe gezahlt und wofür waren sie vorgesehen, und welche Zuwendungen sind für welche Zentren für welche Anschaffungen 1992 vorgesehen?
36. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Wie hoch ist das Durchschnittseinkommen der niedergelassenen Zahnärzte im Vergleich zum Durchschnittseinkommen der niedergelassenen Allgemeinärzte, der anderen Freien Berufe und der Arbeitnehmer, und um welchen Betrag ist die von der gesetzlichen Krankenversicherung pro Zahnarzt gezahlte Honorarsumme und das sich daraus ergebende Einkommen im Jahr 1990 und (nach den bisher vorliegenden Zahlen) im Jahr 1991 gestiegen?
37. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Hat die Bundesregierung in der kassenärztlichen Versorgung die Absicht, durch eine Abschaffung des bewährten Sachleistungsprinzips und der damit verbundenen Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen den Zahnärzten die Möglichkeit für weitere Honorarsteigerungen zu Lasten der Versicherten zu eröffnen, und trifft es zu, daß die Bundesministerin für Gesundheit zusammen mit dem Freien Verband der Zahnärzte, der die Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung fordert, dafür ein Konzept erarbeiten will, oder wie sonst ist die Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Sabine Bergmann-Pohl vom 12. Februar 1992 in der Fragestunde zu verstehen, „Frau Hasselfeldt wird vielmehr die geforderte Kostenerstattung überprüfen lassen“?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

38. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Bis zu welchem Zeitpunkt beabsichtigt die Bundesregierung für die direkte Anbindung der Bahnlinie Landshut — Flughafen München II — München über die „Marzlinger Spange“ die planungsrechtlichen Verfahren einzuleiten, abzuschließen, und wann ist mit dem Bauabschluß zu rechnen?
39. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Elektrifizierung der Bundesbahnlinie Hamburg — Puttgarden und der zweigleisige Ausbau der Strecke Lübeck — Puttgarden keine Berücksichtigung bei der Fortschrei-

- bung des Bundesverkehrswegeplans findet mit der Begründung, daß eine Abstimmung mit europäischen Partnern zu erfolgen hat?
40. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um den Abstimmungsprozeß zu unterstützen und zu beschleunigen?
41. Abgeordneter
Eckart Kuhlwein
(SPD)
- Welchen Standort sieht die Bundesregierung für den Bahnhof Hamburg der von ihr geplanten Transrapid-Strecke Hamburg – Berlin vor, und welche Autobahntrasse im Raum östlich von Hamburg soll nach Meinung der Bundesregierung gleichzeitig für den Transrapid genutzt werden?
42. Abgeordneter
Eckart Kuhlwein
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Äußerungen bestätigen („Ahrensburger Zeitung“ vom 7. Februar 1992), wonach es im Bundesministerium für Verkehr keine Überlegungen gebe, den Transrapid durch den Kreis Stormarn zu führen und wonach vielmehr beabsichtigt sei, die Trasse der A 25 zu nutzen und die Strecke von Geesthacht aus über Büchen nach Mecklenburg-Vorpommern zu bauen?
43. Abgeordneter
Robert Antretter
(SPD)
- Gedenkt die Bundesregierung die von ihr bereits bei der Fortschreibung des letzten Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen in zwei unterschiedlichen Kategorien geplante A 98 im Bedarfsplan zu belassen, und für welche Dringlichkeit wird sie dieses Projekt dem Verkehrsausschuß im Rahmen seiner Beschlußfassung über die Fortschreibung des Bedarfsplanes 1992 vorschlagen?
44. Abgeordneter
Robert Antretter
(SPD)
- Hat das Landesverkehrsministerium Baden-Württemberg beim Bundesminister für Verkehr beantragt, die A 98 im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen zu belassen und gegebenenfalls im „Vordringlichen Bedarf“ zu plazieren?
45. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung rechtliche und politische Möglichkeiten, das Überfliegen der Bundesrepublik Deutschland mit eigenen und fremden Flugzeugen über acht- oder zehntausend Metern Höhe aus Gründen des Umweltschutzes zu untersagen oder einzuschränken?
46. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU)
- Falls ein Überflugverbot in großer Höhe nur international vereinbart oder geregelt werden kann, ist die Bundesregierung bereit, entsprechende Verhandlungen aufzunehmen?

47. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU)
- Wie viele Straf- und Bußgeldverfahren sind im Jahre 1991 als Konsequenz der polizeilichen Überwachung der Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der Strecke der BAB A 8 zwischen Ulm und der Raststätte Gruibingen, Landkreis Göppingen, die auf der gesamten Länge mit Geschwindigkeitsbegrenzungen versehen ist, eingeleitet worden, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung hieraus für die Frage, ob auf den Bundesautobahnen allgemein eine Höchstgeschwindigkeit eingeführt werden soll?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

48. Abgeordnete
Dr. Maria Böhmer
(CDU/CSU)
- Gibt es Überlegungen innerhalb der Bundesregierung, Sportartikel auf ihre Umweltverträglichkeit, insbesondere mit Blick auf ihre Entsorgung, zu prüfen, und wenn ja, wie sehen diese Überlegungen aus?
49. Abgeordnete
Dr. Maria Böhmer
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung, die Hersteller von Sportartikeln in die Beseitigung alter Sportartikel einzubeziehen, und wenn ja, wie?
50. Abgeordnete
Susanne Kastner
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung zur Zeit die Grundwasserbelastung in den neuen Bundesländern und die Kosten für die notwendigen Sanierungsmaßnahmen im Hinblick auf die Verpflichtung, die jetzt außer Kraft gesetzten Grenzwerte der EG-Trinkwasserrichtlinie bis Ende 1995 einhalten zu müssen, und wie steht sie zu den Forderungen des BUND, Sondermittel in Höhe von mindestens 100 Mrd. DM für ein Trinkwasseruntersuchungs- und Sanierungsprogramm in Ostdeutschland bereitzustellen?
51. Abgeordneter
Reinhard Weis (Stendal)
(SPD)
- Macht sich die Bundesregierung den Mecklenburg-Vorpommerschen Landtagsbeschluß vom 17. Oktober 1991, der in Greifswald nur ein Zwischenlager für die Brennelemente aus den Atomkraftwerken Greifswald und Rheinsberg vorsieht, zu eigen, oder wird die Bundesregierung auf eine Kapazität drängen, die die Entsorgungsprobleme aller bundesdeutschen Atomkraftwerke lösen soll?

52. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf der letzten Vorbereitungskonferenz zu der im Juni in Rio de Janeiro stattfindenden VN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung einen erneuten grundsätzlichen Vorstoß zur Verabschiedung eines Abkommens über CO₂-Reduzierung zu unternehmen, nachdem auf Grund der neuen Haltung des US-Präsidenten Bush zur Bekämpfung der die Ozonschicht zerstörenden Stoffe auch Bewegung in die Haltung der USA zur Frage einer Vereinbarung zur CO₂-Reduzierung gekommen zu sein scheint, und wird die Bundesregierung auch in diesem Sinne direkt gegenüber Japan und China initiativ werden?
53. Abgeordnete
**Renate
Jäger**
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung bei dem Konkurs von Betrieben mit Radionuklidanwendern zu verfahren, so daß eine sichere Verwahrung der Radionuklide gegeben, eine ungesetzliche Entsorgung nicht möglich ist sowie das Detailwissen für eine Entsorgung erhalten bleibt?
54. Abgeordnete
**Renate
Jäger**
(SPD)
- Welche Möglichkeiten einer Novellierung zum Staatsvertrag bzw. zum Erlaß von Nachfolgegesetzen sieht die Bundesregierung, um für die Behebung des Entsorgungsnotstandes in den neuen Bundesländern kurzfristig das existierende Endlager Morsleben wieder zu nutzen?
55. Abgeordneter
**Manfred
Hampel**
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Zwischenlagerkapazität bei den Radionuklidanwendern und die Arbeitsfähigkeit der Landessammelstellen für die Entsorgung radioaktiver Abfälle in den neuen Bundesländern ein?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

56. Abgeordneter
**Dr. Dietrich
Mahlo**
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß die Deutsche Bundespost beabsichtigt, die Postleitzahlen nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern überhaupt in ganz Deutschland insgesamt zu verändern, obgleich es ohne weiteres möglich wäre, unter Beibehaltung der Postleitzahlen in den alten Bundesländern die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg mit Tausender-Nummern, die Länder Sachsen und Thüringen mit Neuntausender-Nummern und das Land Sachsen-Anhalt mit Dreitausender-Nummern zu versorgen?

57. Abgeordneter
Dr. Dietrich Mahlo
(CDU/CSU)
- Wenn ja, wie rechtfertigt die Bundesregierung eine solche Entscheidung angesichts der Tatsache, daß damit private Folgekosten in Milliardenhöhe durch Änderung aller Anschriften in Deutschland veranlaßt werden?
58. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Welche Gründe sind dafür maßgeblich, daß im Bereich der Oberpostdirektion Koblenz bei TELEKOM ab 1. Januar 1992 von 153 technischen Lehrlingen, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben, keiner ein Arbeitsplatzangebot im Bereich der Oberpostdirektion erhält?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

59. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Verstößt nach Ansicht der Bundesregierung die Installation von Solaranlagen auf Schrebergärtenhäuschen gegen das Bundeskleingartengesetz, und wird sie gegebenenfalls eine derartige umweltpolitisch unsinnige Gesetzeslage ändern?
60. Abgeordneter
Georg Brunnhuber
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Fertigbauindustrie in ihrem Werbeorgan „FERTIGBAU-FORUM“ Nr. 1/92 für ihre Fertighäuser wie folgt wirbt: Bauministerium: „Fertigbau preiswerter als Architektenhaus“?
61. Abgeordneter
Georg Brunnhuber
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung dies nicht für eine Diskriminierung Tausender freier Architekten und des gesamten mittelständischen Bauhandwerks, dem durch diese Formulierung unterstellt wird, daß die in Deutschland überwiegend übliche Verhaltensweise für die Erstellung von Wohngebäuden durch Einschaltung von Architekten und Bauhandwerkern nicht preisgerecht sei?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

62. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Warum hat die Republik Polen die Zusatzprotokolle Nr. I, IV (Vertreibungsverbot), VI, VII und IX der Europäischen Menschenrechtskonvention ebensowenig unterzeichnet wie die Erklärung über die Anerkennung der Zuständigkeit der

- Menschenrechtskommission bei Individualbeschwerden, und wird die Bundesregierung aufgrund des Nachbarschaftsvertrages bei der polnischen Regierung dahin gehend intervenieren, daß die entsprechenden Regelungen unterzeichnet und ratifiziert werden?
63. Abgeordnete
Margot von Renesse
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung – evtl. in Kontakt mit der Regierung des NATO-Partners Türkei – ergriffen bzw. wird sie ergreifen, um die Massaker an den christlichen Armeniern in Berg-Karabach zu verhindern?
64. Abgeordnete
Dr. Ursula Fischer
(PDS/Linke Liste)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis von der katastrophalen Lage der kurdischen Bevölkerung im Norden Iraks, die durch die von Saddam Hussein gegen den sie verhängte Wirtschaftsblockade unter anderem von der Versorgung mit lebensnotwendigen Brennstoffen abgeschnitten ist?
65. Abgeordnete
Dr. Ursula Fischer
(PDS/Linke Liste)
- Welche Maßnahmen auf bilateraler Ebene und auf internationaler Ebene unternimmt bzw. erwägt die Bundesregierung, um die Lage der betroffenen Menschen im irakischen Teil Kurdistans zu verbessern?
66. Abgeordneter
Clemens Schwalbe
(CDU/CSU)
- Welche finanziellen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Verringerung der Postgebühren für Hilfssendungen in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, um speziell auch Bürgern der neuen Bundesländer, denen aufgrund der Einkommensverhältnisse durchschnittlich 30 bis 40 DM pro Paket nicht zuzumuten sind, die Möglichkeit einzuräumen, ihnen persönlich bekannte Personen in der GUS mit Hilfspaketen individuell zu unterstützen?
67. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD)
- Welche insbesondere politischen, finanziellen oder organisatorischen Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, die von der VN-Generalsversammlung im Oktober 1991 in die deutsche Hauptstadt Berlin vergebene Menschenrechtskonferenz der Vereinten Nationen 1993, um die sich die Bundesregierung monatelang bemüht und mehrere andere Interessenten aus dem Feld geschlagen hatte, kurzfristig abzusagen, und wie beurteilt die Bundesregierung die Reaktionen der VN und die der anderen Staaten?
68. Abgeordneter
Günter Verheugen
(SPD)
- Welche organisatorischen und finanziellen Vorkehrungen hat die Bundesregierung zur Durchführung der Menschenrechtskonferenz der Vereinten Nationen, die 1993 in Berlin stattfinden soll, bisher getroffen?

69. Abgeordneter
**Wilfried
Böhm**
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Auftritt von Günter Grass und Stefan Heym anlässlich einer Podiumsdiskussion des Brüsseler Goethe-Instituts im „Palais des Beaux Artes“ Mitte Dezember vergangenen Jahres, die auf dieser Veranstaltung einem Bericht der FAZ vom 18. Dezember 1992 zufolge die Aussage der friedlichen Revolution vom November 1989 „Wir sind ein Volk“ mit der nationalsozialistischen Parole „Ein Volk ein Führer“ assoziierten, die Nürnberger Rassegesetze mit der heutigen Asylantengesetzgebung verglichen sowie in gezielter Strategie europäischer Ängste vor Deutschland schürten, und welche finanziellen Mittel hat der deutsche Steuerzahler für diese Veranstaltung des Goethe-Instituts im einzelnen aufbringen müssen?
70. Abgeordneter
**Rudolf
Bindig**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung angeben, ob die Verantwortlichen der blutigen Massaker, die im November 1991 in Burundi stattgefunden haben, zur Rechenschaft gezogen werden und inzwischen Verfahren gegen sie eingeleitet wurden?
71. Abgeordneter
**Rudolf
Bindig**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung, da sich die Berichte und Vorwürfe über massive Menschenrechtsverletzungen im November 1991 an der Hutu-Bevölkerung in Burundi bewahrheitet haben, die Ausstattungshilfe für Burundi einstellen, wie sie es für diesen Fall vorgesehen hat?
72. Abgeordneter
**Gerd
Poppe**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Kreisgruppe München der Sudetendeutschen Landsmannschaft Formulare entwickelt hat und an das Finanzministerium sowie an die betroffenen Gemeinden in der CSFR verschickt, auf denen Angehörige der Sudetendeutschen Landsmannschaft Rückgabeforderungen hinsichtlich ihrer im Zusammenhang mit ihrer Vertreibung enteigneten Grundstücke stellen, und erkennt die Bundesregierung diesen Vorgang im Hinblick auf die ausstehende Ratifizierung des deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrages durch die Parlamente beider Staaten als problematisch?
73. Abgeordneter
**Gerd
Poppe**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, im Hinblick auf die Bildung von Vertrauen in die Gültigkeit von Geist und Buchstaben des Nachbarschaftsvertrages, die genannten Vorgänge auf geeignete Weise zu beeinflussen oder zu kommentieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

74. Abgeordneter
Freimut Duve
(SPD)
- Auf welche Vorgänge und Streitfälle zwischen Bund und Ländern hat sich der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner in der Debatte am 17. Januar 1992 bezogen, wenn er von einer besonderen „Paketlösung“ und langjährigen Streitfällen zwischen Bund und Ländern spricht?
75. Abgeordneter
Freimut Duve
(SPD)
- Hält die Bundesregierung den Hinweis des Parlamentarischen Staatssekretärs Eduard Lintner auf sogenannte „Paketlösungen“ zwischen Bund und Ländern für angemessen bei einer kulturpolitischen Frage wie der Trägerschaft des Deutschen Historischen Museums, und sollte diese nicht in einer der Demokratie angemessenen Öffentlichkeit diskutiert werden?
76. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(F.D.P.)
- Weshalb hat die Bundesregierung laut Presseberichten die Intendanz des Deutschlandfunks aufgefordert, bereits jetzt einen Haushalt für 1993 aufzustellen?
77. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(F.D.P.)
- Bestünden verfassungsrechtliche Bedenken, den Deutschlandfunk mit einem europapolitischen Programmauftrag zu versehen und als Bundesrundfunkanstalt fortzuführen, falls die Verhandlungen über die Struktur des nationalen Hörfunks in absehbarer Zeit nicht zu einem für den Bund akzeptablen Ergebnis führen?
78. Abgeordneter
Wilfried Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Welche Rechte haben Asylanten und Asylbewerber im Hinblick auf eine politische Betätigung, bezogen auf die Politik in der Bundesrepublik Deutschland und bezogen auf die Politik in ihrem Herkunftsland?
79. Abgeordneter
Dieter Wiefelspütz
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, die die Auffassung des Vorsitzenden der Gesellschaft der Deutschen der ehemaligen UdSSR, Groth, unterstützen, daß 90 Prozent der Rußlanddeutschen in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln wollen?

Bonn, den 14. Februar 1992